

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Gesetzliche Krankenversicherung auch für Beamte, Selbstständige und Freiberufler – eine Kasse für alle!**

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

I.

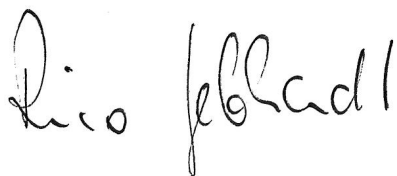
als einen ersten wichtigen Schritt zur Schaffung einer bundeseinheitlichen Bürger*innen-Versicherung für alle auf der Grundlage der jüngsten Studie der Bertelsmann Stiftung mit dem Titel „Geteilter Krankenversicherungsmarkt“ und ausgehend von den darin getroffenen Ergebnissen und Feststellungen, gegenüber dem Bund, der Bundesregierung und im Bundesrat mit Nachdruck für den Bereich der Krankenversicherung auf die zeitnahe Einführung der Krankenversicherungspflicht für Beamtinnen und Beamte sowie für selbständig und freiberuflich Tätige bzw. auf eine entsprechende Erweiterung des derzeit geltenden persönlichen Anwendungsbereiches der gesetzlichen Krankenversicherung für diesen Personenkreis hinzuwirken;

II.

zur schnellstmöglichen Umsetzung der Zielsetzungen des Antragspunktes I. selbst die erforderliche Gesetzesinitiative für die dazu notwendige Änderung der bisherigen bundesgesetzlichen Bestimmungen im Fünften Buch Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V) zu ergreifen und die auf diese Zielstellungen gerichteten Initiativen und Vorhaben anderer Bundesländer aktiv zu unterstützen.

b. w.

Dresden, 10.3.2020



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die jüngste, von der Bertelsmann Stiftung am 17. Februar 2020 der Öffentlichkeit vorgestellte Studie „Geteilter Krankenversicherungsmarkt – Risikoselektion und regionale Verteilung der Ärzte“¹ zeigt, dass das duale System aus gesetzlichen und privaten Krankenkassen in Deutschland den sozialen Zusammenhalt nicht nur ideell, sondern auch ökonomisch schädigt. Durch sie wird bestätigt, dass die mit der Teilung des Systems einhergehende Risikoselektion zuungunsten der gesetzlichen Krankenkassen nachweislich nicht nur zu erheblichen finanziellen Nachteilen für die Mehrheit der Bevölkerung, d. h. für die gesetzlich Versicherten, sondern auch zur Senkung der Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung insgesamt führt. Damit wird der Grundwert der Solidarität, auf welchem Sozialversicherungssysteme basieren (sollten), zumindest teilweise verletzt.

Vor dem Hintergrund dieser Studie ist es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE allerhöchste Zeit, die nur auf bundesgesetzlicher Ebene zu schaffenden Voraussetzungen zu treffen, um für ein Ende der derzeitigen Zwei-Klassen-Medizin einzutreten und eine bessere Gesundheitsversorgung und -vorsorge für alle auf den Weg zu bringen. Zudem könnten nicht nur die Kassenbeiträge für alle sinken, sondern insbesondere Menschen mit geringen und mittleren Einkommen sowie Familien deutlich entlastet werden. Der Grundgedanke der Solidargemeinschaft käme in Form eines solidarischen Ausgleichs endlich zum Tragen.

Zugleich wäre die Einbeziehung von derzeit privat Versicherten in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherungspflicht ein richtiger und erster notwendiger Schritt, um zeitnah eine nachhaltige und von allen Bürger*innen solidarisch finanzierte Kranken- und Pflegeversicherung (Bürger*innen-Versicherung) zu schaffen, durch die allen Bürger*innen gleichermaßen ermöglicht wird, die entsprechenden Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen.

Dazu ist es erforderlich, nicht zuletzt angesichts der vorliegenden Studien, in einem ersten Schritt auf der Bundesebene die notwendigen Rechtsgrundlagen zu schaffen bzw. die dazu erforderlichen Änderungen in den bisher geltenden bundesgesetzlichen Bestimmungen im Fünften Buch Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V) vorzunehmen.

Die Staatsregierung steht daher in der Verantwortung, die hierfür notwendigen und mit diesem Antrag begehrten Initiativen gegenüber dem Bund, der Bundesregierung und im Bundesrat zu ergreifen bzw. alle auf die Einführung einer Krankenversicherungspflicht für alle gerichteten Vorhaben anderer Bundesländer aktiv und fördernd zu unterstützen.

¹ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Publikationen/GrauePublikationen/VV_Studie_Geteilter_Krankenversicherungsmarkt.pdf (zuletzt abgerufen am 21.2.2020)